

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 14. Januar 2013

Verfasserin: Denise Wahlen

Zu Beginn der Sitzung werden drei Gesetzesvorlagen gemäss dem Antrag der Redaktionskommission vom 17. Dezember 2012 ohne Gegenstimme angenommen: das Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz 4859b, das Zusatzleistungsgesetz (Einführungsgesetz zum Krankenversicherungsgesetz 4876a) und das Gesundheitsgesetz 4904a.

Suizidprävention 4858 (Eva Gutmann, Präsidentin der KSSG)

Das vor fünf Jahren eingereichte Postulat 20/2008 verlangte einen Bericht zur Suizidprävention, der von allen Parteien Lob erhielt. Das Anliegen wurde vom RR ernst genommen, so wie man es sich häufiger wünschen würde. Die Suizidprävention soll zukünftig durch ein Dreiphasenmodell wirksam umgesetzt werden. Es werden realistische Massnahmen vorgeschlagen, alle Direktionen sind an der Umsetzung beteiligt und die Koordination ist vorbildlich geregelt. Das Vertrauen in die geplanten Massnahmen ist so gross, dass das Postulat abgeschrieben werden kann - in der Hoffnung, dass der Kanton Zürich im CH-Vergleich in Zukunft besser abschneiden wird.

Nachfolgestudie von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen 2011_111 (C. v. Planta)

Der Bericht der ZHAW über die Intervention bei psychischen Störungen bei Kindern und Jugendlichen zeigt einen massiven Anstieg der Verschreibungen von Psychopharmaka. Der Konsum von Methylphenidaten, wie z.B. Ritalin, ist auch für die glp besorgniserregend, trotzdem ist die Fraktion bezüglich Überweisung des Postulates gespalten. Die eine Hälfte ist der Ansicht des Regierungsrates, dass schon genügend Studien zu diesem Thema gemacht wurden, die andere Hälfte möchte genauer überprüft haben, wie es zu einer Verabreichung dieser Psychopharmaka kommt. Mangels seriöser Abklärung werden Therapien oft verfrüht abgebrochen – deshalb soll sie von ausgebildeten Fachkräften aus der Jugendpsychiatrie vorgenommen werden. Im Tessin werden fünfmal weniger Psychopharmaka konsumiert. So kann man sich fragen, ob gesellschaftliche und kulturelle Unterschiede einen so grossen Einfluss auf den Bedarf nach Methylphenidaten haben. Das Postulat wurde deutlich und mit einigen glp-Stimmen überwiesen (farbiges Abstimmungsverhalten: Ja SP und SVP...).

Unabhängige Beschwerdestelle für in Heimen lebende Menschen und deren Angehörige 2011_254 (Eva Gutmann)

Das Postulat forderte eine unabhängige Beschwerdestelle für in Heimen lebende Menschen und deren Angehörige und wurde mit 108 (inkl. glp) gegen 57 Stimmen abgelehnt, da es innerhalb der Institutionen bereits Anlaufstellen gibt. Darüber hinaus gibt es die Beschwerdestelle UBA und den unabhängigen Bezirksrat, der Visitationen der Heime vornimmt. Das Thema Missbrauch soll nicht totgeschwiegen werden. Der Beschwerdeweg soll im Heimvertrag festgehalten und zudem mündlich kommuniziert werden. Auf dem Anschlagbrett und mit Hilfe von Flyern soll auf das Vorgehen bei Missbräuchen aufmerksam gemacht werden, aber eine weitere bürokratische Institution /Beschwerdestelle braucht es nicht.

Pilotprojekt: Neues Versorgungsmodell in der Geburtshilfe 2011_283 (Eva Gutmann)

Auch dieses, unserer Meinung nach überflüssige Postulat, fand keine Mehrheit (58 ja : 111 nein, inkl. glp). Zu Recht weist der RR darauf hin, dass mit dem neuen Spitalplanungs- und Finanzierungsgesetz für die Leistungserbringer die nötigen Freiräume entstanden sind, um genau auch solche Modelle zu entwickeln, wenn dies medizinisch und wirtschaftlich Sinn macht. Bereits heute werden diese Modelle durch die Geburtshäuser angeboten, die Schwangeren können unter vielen Möglichkeiten mit spezialisiertem Personal auswählen und die Akutspitäler werden dadurch entlastet.

Grenzüberschreitende Gesundheitspolitik 2011_313 (Eva Gutmann)

Die alleinige Zustimmung von SP und Grünen reichte auch diesem Postulat nicht (49 ja : 111 nein). Der RR sieht keine Notwendigkeit, denn die regionalen Bedürfnisse verunmöglichen eine vertiefte Zusammenarbeit. Eva Gut-

mann wies darauf hin, dass dank dem Kostendruck in den letzten Jahren eine zunehmende Vernetzung zwischen den Spitälern in gewissen Bereichen stattfindet. Diese Bereiche sollten nicht durch den Kantonsrat oder Regierungsrat mit von oben aufgesetzten Strategien planwirtschaftlich festgelegt werden, sondern sach- und fachgerecht aus den Spitälern vorangetrieben werden.

Qualitätsstandards für die Betreuung und Pflege von Personen mit Demenzerkrankungen 2011_326 und 327 (Cyrill von Planta)

Die gesundheitspolitische, demografische Zeitbombe mit der Zunahme der Demenzerkrankungen ist uns bewusst, die beiden Vorstösse fallen aber nicht in die Zuständigkeit der Kantone. Es sollen keine Richtlinien für einzelne Krankheiten erstellt werden. Die grosse Mehrheit des Rates war auch dieser Meinung, ausser der SP.